

Das
braucht
Berlin
2026

Gute Arbeit.
Gerechte Stadt.

Unsere Anforderungen zur
Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2026

Zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung:

Unsere Anforderungen an die Berliner Politik

Das braucht Berlin!

Berlin steht an einem Wendepunkt: Wirtschaftlicher Fortschritt trifft auf soziale Stagnation. Der Vertrauensverlust in politische Gestaltungsfähigkeit ist spürbar. Immer mehr Menschen fragen sich: Wird sich wirklich etwas verbessern – oder nur die Farbe der Versprechen?

Wir als DGB Berlin sagen klar: Die Zukunft Berlins entscheidet sich in der Arbeitswelt. Gute Arbeit ist kein Nebenthema, sondern das Fundament für sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stärke und eine demokratische Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Berlin als solidarische und lebenswerte Stadt funktioniert – heute und morgen.

Inhalt

1. **Gute Arbeit sichern – Tarifbindung durchsetzen**
2. **Wirtschaft stärken – sozial und ökologisch transformieren**
3. **Daseinsvorsorge sichern – investieren statt kaputtsparen**
4. **Gute Bildung von der Kita bis zur Hochschule**
5. **Ausbildung und Jugend fördern – Fachkräfte sichern**
6. **Öffentlichen Dienst stärken – gerecht und attraktiv**
7. **Bezahlbares Wohnen – auch für die, die Berlin am Laufen halten**
8. **Demokratie schützen – Engagement ermöglichen**

Gute Arbeit sichern – Tarifbindung durchsetzen

Berlin funktioniert, weil viele Menschen jeden Tag Verantwortung übernehmen: Im Krankenhaus, in der Kita, im Handwerk, bei der Müllabfuhr, im Büro oder in der Industrie. Doch viele arbeiten unter Bedingungen, die nicht fair und nicht zukunftsfähig sind.

Wir fordern:

- Einheitliche Tariftreue-Regelung für Berlin und Brandenburg. Nur so lässt sich öffentlicher Lohndruck unterbinden.
- Ausbau des Tarifregisters Berlin-Brandenburg zu einer effektiven Kontrollinstanz
- Mehr Kontrollen für faire Arbeit. Zoll, Arbeitsschutz, Sozialversicherungsträger und Gewerbeämter müssen personell gestärkt und besser vernetzt werden.
- Tarifbindung in allen landeseigenen Betrieben verpflichtend
- Refinanzierung von Tarifsteigerungen bei Projektträgern und freien Trägern sichern
- Arbeitsschutz stärken, insbesondere bei psychischer Belastung, Belästigung und klimatischen Gefahren
- Arbeitsausbeutung und Menschenhandel stärker bekämpfen
- Rückführung ausgelagerter öffentlicher Dienstleistungen prüfen
- Beauftragte für Gute Arbeit in allen Stadtbezirken etablieren

Gute Arbeit ist keine Bonusleistung – sie ist Voraussetzung für eine soziale Stadt.

Wirtschaft stärken – sozial und ökologisch transformieren

Berlin muss wirtschaftliche Transformation aktiv gestalten: digital, klimaneutral und sozial gerecht. Dafür braucht es Investitionen in Zukunftstechnologien und Infrastruktur – aber nicht ohne Mitbestimmung und Tarifbindung.

Wir fordern:

- Keine Wirtschaftsförderung ohne Tarifbindung
- Masterplan Industrie konsequent mit Mitteln unterlegen
- Sozialpartnerschaftlich gesteuerte Transformation durch einen dauerhaft verankerten Steuerungskreis
- Faire Digitalisierung mit Beteiligung der Beschäftigten

Nur mit Beteiligung der Beschäftigten kann Berlin seine Zukunft gestalten.

Daseinsvorsorge sichern – investieren statt kaputtsparen

Ob Bildung, Gesundheit, Mobilität oder Verwaltung – funktionierende öffentliche Infrastruktur ist kein Luxus, sondern die Grundlage einer gerechten Stadt. Dauerhafte Unterfinanzierung, Personalmangel und Outsourcing gefährden sie.

Wir fordern:

- Öffentliche Investitionen erhöhen, statt zu kürzen
- Gesundheits-, Pflege- und Bildungswesen personell stärken
- Krankenhausfinanzierung gesetzeskonform sichern – mindestens 500 Mio. Euro jährlich
- Verlässliche Kinderbetreuung sicherstellen
- Verwaltungsmodernisierung gemeinsam mit den Beschäftigten gestalten
- Insourcing fördern – Privatisierungen rückabwickeln

Eine solidarische Stadt lebt von einer starken öffentlichen Hand.

Gute Bildung – von der Kita bis zur Hochschule

Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe, Integration und Fachkräftesicherung. Doch Berlin droht den Anschluss zu verlieren – durch Kürzungen, Überlastung und fehlende Perspektiven für Beschäftigte im Bildungswesen.

Wir fordern:

- Mehr Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen
- Dauerstellen für Daueraufgaben – Schluss mit Kettenverträgen
- Schulsozialarbeit ausbauen, inklusive Bildung stärken
- Investitionen in Schul- und Kitagebäude
- Bildungseinrichtungen besser ausstatten – auch digital
- Mehr Gemeinschaftsschulen und diskriminierungskritische Bildungsangebote

Bildung braucht Verlässlichkeit – bei Personal, Finanzierung und Konzepten.

Ausbildung und Jugend fördern – Fachkräfte sichern

Ausbildung ist der erste Schritt in Gute Arbeit – aber Berlin lässt Potenzial ungenutzt. Zu viele Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Zu viele Betriebe bilden nicht aus.

Wir fordern:

- Pflicht-Ausbildungsumlage für alle nicht-ausbildenden Unternehmen
- AzubiWERK Berlin – bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende
- Azubi-Ticket einführen – mindestens auf Niveau des Studi-Tickets
- „Gute Ausbildung“-Siegel entwickeln
- Stärkere Berufsorientierung – praxisnah und diskriminierungssensibel
- Berufsschulen besser personell und technisch ausstatten
- Jugendberufsagenturen weiterentwickeln – mit Gewerkschaftsbeteiligung

Wer Fachkräfte will, muss Jugendlichen echte Perspektiven geben.

Öffentlichen Dienst stärken – gerecht und attraktiv

Ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst steht Berlin still. Doch schlechte Bezahlung, Überlastung und Stellenabbau machen den Staat unattraktiv als Arbeitgeber.

Wir fordern:

- Verfassungsgerichtsurteil zur Besoldung vollständig umsetzen
- Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitsbelastung und attraktive Arbeitsbedingungen – Gesundheitsmanagement, Vereinbarkeit, Aufstiegsmöglichkeiten
- Digitalisierung gemeinsam mit Beschäftigten gestalten
- Dienstgebäude modernisieren – nachhaltig und arbeitsschutzgerecht
- Outsourcing im öffentlichen Dienst beenden

Ein leistungsfähiger Staat braucht motivierte Beschäftigte – nicht nur Technik.

Bezahlbares Wohnen – auch für die, die Berlin am Laufen halten

Gute Arbeit verliert an Wert, wenn die Miete alles auffrisst. Der Wohnungsmarkt darf keine soziale Schranke sein – für Pflegekräfte, Erzieher*innen, Handwerker oder Azubis.

Wir fordern:

- Öffentlichen Wohnungsbau massiv ausweiten
- Sozialwohnungen sichern und fördern
- Werkwohnungen für Beschäftigte schaffen
- Teure möblierte Vermietung regulieren
- Kommunales Vorkaufsrecht wiederherstellen
- Zweckentfremdung von Wohnungen stärker überprüfen
- Mieterschutz stärken – Milieuschutz, Mietpreisbremse, Umwandlungsverbot
- Private Wohnungswirtschaft stärker in die Pflicht nehmen
- Gewerbemieten deckeln für Kleinstbetriebe und gemeinnützige Institutionen

Ohne bezahlbare Wohnungen verliert Berlin Fachkräfte und die soziale Balance.

Demokratie schützen – Engagement ermöglichen

Demokratie braucht mehr als Wahlen: Sie braucht Menschen, die sich einbringen – gegen Rassismus, für soziale Gerechtigkeit und für eine offene Gesellschaft. Und sie braucht die Unterstützung der Politik.

Wir fordern:

- Demokratiefördergesetz verabschieden
- Politische Bildung strukturell und inflationssicher finanzieren
- Strukturelle Förderung von Initiativen gegen Antisemitismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus
- Kostenfreie Nutzung öffentlicher Infrastruktur durch zivilgesellschaftliche Akteure
- Jugendverbandsarbeit und außerschulische Bildung absichern
- Initiativen wie „Berlin gegen Nazis“ dauerhaft fördern.

Demokratie braucht Rückenwind – nicht nur Sonntagsreden.

Gute Arbeit. Gerechte Stadt.

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is a red parallelogram with the white letters "DGB" inside.

Impressum

Herausgeber:
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg – Region Berlin
Keithstraße 1
10787 Berlin

V.i.S.d.P.: DGB Region Berlin, Daniel Wucherpfennig, Keithstraße 1, 10787 Berlin
berlin-brandenburg.dgb.de

Layout: BBR Stephan Navár

November 2025

berlin.dgb.de

